

**Stellungnahmen der Ausschüsse und Ortsbeiräte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 24.01.2024**

**Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Verwaltung**

**TOP:**

6.1 Vereinbarung von Prioritäten für den Ortsbeiräte Grube, Groß  
Fachbereich Stadtplanung, hier: Glienicke, Marquardt, Neu  
Prioritätenfestlegung 2024 Fahrland und Satzkorn  
*Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung* zur Kenntnis genommen

23/SVV/1049

Ortsbeirat Uetz-Paaren  
abgelehnt 0:2:1

Ortsbeirat Fahrland  
einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Golm  
einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Eiche  
einstimmige Zustimmung  
mit folgender Änderung:

**Änderung in der Anlage 2 im Stadtraum Süd-West:**

Das Planverfahren **Kaiser-Friedrich-Straße 1-2 (OT Eiche)** ist von **Priorität 2 in Priorität 1** zu ändern.

Ersatzweise ist das Planverfahren Sportanlagen Universität (Eiche) **von Priorität 1 in Priorität 2** zu ändern.

Ausschuss für  
Stadtentwicklung, Bauen,  
Wirtschaft und Entwicklung  
des ländlichen Raumes  
Änderungen des OBR Eiche –  
abgelehnt

Zustimmung 6:1:1 zur  
ungeänderten Gesamtvorlage

6.2 Erste Satzung zur Änderung der Ausschuss für Finanzen –  
Übernachungssteuersatzung der 20.12.23  
Landeshauptstadt Potsdam vom 29.07.2014 Zustimmung 6:2:0 zur  
*Oberbürgermeister, Fachbereich* ungeänderten Fassung  
*Rechnungswesen und Steuern*

23/SVV/1100

Ausschuss für  
Stadtentwicklung, Bauen,  
Wirtschaft und Entwicklung  
des ländlichen Raumes –

- Zustimmung 6:1:1 zur  
**geänderten** Gesamtvorlage  
(einschl. 23/1100-01)
- Hauptausschuss  
Zustimmung 11:2:3 zur  
**geänderten** Gesamtvorlage  
(einschl. 23/1100-01)
- 6.2.1 Erste Satzung zur Änderung der einstimmige Zustimmung zum  
Übernachtungssteuersatzung der Ea der Fraktion Mitten in  
Landeshauptstadt Potsdam vom 29.07.2014 Potsdam  
*Fraktion Mitten in Potsdam*
- 23/SVV/1100-01
- 6.3 Entwicklungsmaßnahme Krampnitz: Ortsbeirat Fahrland  
Fortschreibung der Masterplanung – Bereich Zustimmung 7:2:0  
Klinkerhöfe; Konkretisierung der  
Entwicklungsziele Ortsbeirat Neu Fahrland -  
*Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung* Selbstbefassung  
kein Votum abgegeben
- 23/SVV/1240
- Ausschuss für  
Stadtentwicklung, Bauen,  
Wirtschaft und Entwicklung  
des ländlichen Raumes –  
Zustimmung 6:2:0
- 6.4 Bebauungsplan Nr. 141-11 Ortsbeirat Fahrland  
"Entwicklungsbereich Krampnitz - Klinkerhöfe Zustimmung 7:2:0  
Mitte" Aufstellungsbeschluss  
*Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung* Ortsbeirat Neu Fahrland -  
Selbstbefassung  
kein Votum abgegeben
- 23/SVV/1241
- Ausschuss für  
Stadtentwicklung, Bauen,  
Wirtschaft und Entwicklung  
des ländlichen Raumes –  
Zustimmung 6:2:0
- 6.5 Bebauungsplan Nr. 141-5A-2 Ortsbeirat Fahrland  
"Entwicklungsbereich Krampnitz – Stadtplatz einstimmige Zustimmung  
Ost", Änderungs- und Aufstellungsbeschluss  
*Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung* Ortsbeirat Neu Fahrland -  
Selbstbefassung  
zur Kenntnis genommen
- 23/SVV/1242
- Ausschuss für  
Stadtentwicklung, Bauen,  
Wirtschaft und Entwicklung  
des ländlichen Raumes –  
Zustimmung 6:0:2

6.6 Marktordnung der Landeshauptstadt Potsdam vom 01.01.2024 und Entgeltordnung zur Marktordnung der Landeshauptstadt Potsdam vom 01.01.2024  
 Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes  
 Zustimmung 7:0:1

23/SVV/1261

Ausschuss für Finanzen  
 Zustimmung 6:0:1

7 **Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Anträge der Fraktionen / Ortsbeiräte**

7.1 Ausbau der Gebiete für E-Roller  
 Fraktion SPD

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
 mit Beschlussfassung der DS 21/SVV/0211 **erledigt**

20/SVV/1023

7.2 E-Scooter in Potsdam - Regelung durch Mikromobilitätssatzung  
 Fraktion SPD, Fraktion B90/die Grünen

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
 einstimmige Zustimmung zu folgendem geändertem Beschlusstext:

21/SVV/0211

~~Der Oberbürgermeister wird gebeten, zu prüfen, wann eine Mikromobilitätsangebotssatzung für die Landeshauptstadt Potsdam zu erarbeiten. Ist der vorliegende Antrag aufgrund anderer prioritärer Arbeitsbelastungen innerhalb der Verwaltung nicht zeitnah umsetzbar, ist weiter zu prüfen, ob die bestehenden Verträge mit Anbietern von E-Scootern in Potsdam bis zur Gültigkeit einer entsprechenden Satzung kündbar sind!~~  
**Über den Zwischenstand ist im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität im März 2024 zu berichten.**

7.3 Baumpflanzung  
 Kastanienallee/Zeppelinstraße  
 Fraktion DIE LINKE

Ecke Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
**zurückstellen** – erst für die Sitzung am 21.03.2024 vorgesehen

21/SVV/0345

7.4 Prüfung der Neuausweisung eines Landschaftsschutzgebietes Havelseen  
 Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen

Ortsbeirat Satzkorn  
 einstimmige Zustimmung  
Ortsbeirat Uetz-Paaren  
 einstimmige Zustimmung mit folgender Ergänzung:

21/SVV/0506

...  
**Darüber hinaus sollen ausdrücklich die Flächen nur in ein LSG umgewandelt werden können, wenn alle wesentlichen Eigentümer und Nutzer der betroffenen Flächen einbezogen werden und diese dem Vorhaben zustimmen.**  
 Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist im **Dezember 2021** über erste Zwischenergebnisse und dann fortlaufend bei Fortschritten zu berichten.

				<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> <b>zurückstellen</b> – erst für die Sitzung am 21.03.2024 vorgesehen
7.5	Luftschiffhafen-Stadion <i>Fraktion DIE LINKE</i>  22/SVV/0605			Antrag wurde vom Einreicher am 05.12.2023 <b>zurückgezogen</b>
7.6	Tragfähige IT-Konzepte entwickeln und umsetzen <i>Fraktion Freie Demokraten</i>  23/SVV/0039			<u>Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung</u> <b>zurückgestellt</b>  <u>Hauptausschuss</u> <b>zurückgestellt</b>
7.7	Bedarfsgerechte Vergabe städtischer Wohnungen <i>Fraktion DIE aNDERE</i>  23/SVV/0130			<u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> <b>Erledigung</b> des Antrages festgestellt  <u>Hauptausschuss</u> <b>Erledigung</b> des Antrages festgestellt
7.8	Volkstrauertag in Potsdam <i>Fraktion DIE aNDERE</i>  23/SVV/0137			<u>Ausschuss für Kultur</u> einstimmige Zustimmung mit folgender Ergänzung:
<p>Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, bei der Gestaltung des städtischen Gedenkens am Volkstrauertag ab 2023 wieder den Sowjetischen Ehrenfriedhof am Bassinplatz einzubeziehen. <b>Dabei sind Verbände und gesellschaftliche Akteure stärker einzubeziehen.</b></p>				
7.9	Prüfauftrag - Darstellung und Prüfung vorübergehenden Aussetzung der Anbieterverträge von E-Scootern <i>Fraktion SPD</i>  23/SVV/0387			<u>Ausschuss für Ordnung und Sicherheit</u> Zustimmung 5:0:3 mit folgender Ergänzung:
<p>... <b>Über das Ergebnis wird in den Ausschüssen für Klima, Umwelt und Mobilität und Ordnung und Sicherheit berichtet.</b></p>				
				<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> mit Beschlussfassung der DS 21/SVV/0211 <b>erledigt</b>

- 7.10 Gebühren für Bewohnerparkausweise  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 23/SVV/0518  
Äa AfD 05.06.23  
Ea CDU v. 21.06.23
- Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
ÄA Fraktion AfD vom 05.06.2023: einstimmig abgelehnt  
EA Fraktion CDU vom 21.06.2023: 2:3:2 abgelehnt  
ÄA Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.06.2023: nicht abgestimmt mit Verweis auf **die Neue Fassung 23/SVV/0518-02**: einstimmige Zustimmung

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Bewohnerparkausweisgebührenordnung dergestalt zu überarbeiten, dass die jährliche Gebühr für einen Bewohnerparkausweis auf mindestens €120 festgelegt wird, um wenigstens die Bewirtschaftungskosten eines Stellplatzes in den Gebühren abzubilden. Die Höhe der Bewirtschaftungskosten ist nach weiteren fünf Jahren erneut zu ermitteln.**

- Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes  
ÄA Fraktion AfD vom 05.06.2023: einstimmig abgelehnt  
EA Fraktion CDU vom 21.06.2023: 1:5:1 abgelehnt
- Zustimmung 5:0:2 zur neuen Fassung aus KUM
- 7.11 Uferweg am Griebnitzsee  
Fraktion DIE LINKE
- 23/SVV/0522
- Antrag wurde vom Einreicher am 13.12.2023 **zurückgezogen**
- 7.12 Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße Bereich des Naturkundemuseums  
Fraktion DIE LINKE
- 23/SVV/0637
- Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
abgelehnt 1:4:2
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes  
Zustimmung 7:0:1
- 7.13 Erweiterung Jüdischer Friedhof  
Fraktion DIE LINKE
- 23/SVV/0810
- Hauptausschuss  
einstimmige Zustimmung

7.14 Beschleunigung Zentraldepot  
Fraktion DIE LINKE  
23/SVV/0811

Ausschuss für Bildung und Sport  
abgelehnt 2:2:1

Ausschuss für Kultur  
abgelehnt 2.3:2

Ausschuss für Finanzen  
abgelehnt 2:7:0

Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service  
abgelehnt

Hauptausschuss  
mit Stimmenmehrheit  
abgelehnt

7.15 Inklusionsbeauftragte in städtischen Betrieben  
Fraktion DIE aNDERE  
23/SVV/0940

Hauptausschuss  
Zustimmung 14:0:1

7.16 Potsdamer Klärwerke zügig ertüchtigen, um die erforderliche Qualitätsstufe der Wasserwiederverwendungsrichtlinie für eine Wiederverwendung zu erfüllen  
Fraktion Freie FRAKTION  
23/SVV/0943

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
einstimmige Zustimmung zu folgenden Änderungen/Ergänzungen:

~~Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) wird als Gesellschaftervertreter der LHP für die Stadtwerke Potsdam (SWP) beauftragt zu prüfen, inwieweit die Geschäftsführung der SWP bzw. deren Tochter die EWP für ihre Klärwerke die notwendigen Maßnahmen zeitnah aufzeigt aufzeigen kann, wie das dort anfallende Klarwasser den erforderlichen Qualitätsstufen der Wasserwiederverwendungsrichtlinie entsprechen kann.~~

Die dafür erforderlichen Maßnahmen, deren Investitionskosten, ggf. Fördermittel, Betriebskosten und Auswirkungen auf den Arbeitspreis für die Abwasserentsorgung sind aufzuzeigen.

**Die Ergebnisse sind im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität bis spätestens April 2024 vorzulegen.**

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes  
Zustimmung 4:3:1 zur geänderten Fassung aus KUM

Hauptausschuss  
**zurückgestellt**

7.17 Umfeldverbesserungen im Kirchsteigfeld  
Fraktion Freie Demokraten  
23/SVV/0968

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
**Erledigung** des Antrages festgestellt

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes  
**Erledigung** des Antrages festgestellt

7.18 Fahrradsituation Behlertstraße/Ecke  
Kurfürstenstraße verbessern  
Fraktion CDU  
23/SVV/0970

Ausschuss für Ordnung und Sicherheit  
einstimmige Zustimmung mit folgender Terminanpassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Verkehrssicherheit für Fahrradfahrer von der Behlertstraße kommend, beim Linksabbiegen in die Kurfürstenstraße erhöht werden kann.  
Den zuständigen Fachausschüssen für Sicherheit und Ordnung und Klima, Umwelt und Mobilität ist ~~bis Ende 2023~~ **im April 2024** zu berichten.

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität - Selbstbefassung  
einstimmige Zustimmung einschließlich der Terminanpassung auf April 2024

7.19 Kieztag zur Sperrmüllentsorgung  
Fraktion CDU  
23/SVV/0973

Ausschuss für Ordnung und Sicherheit  
Zustimmung 6:0:1

7.20 Sicherheit der Radfahrer auf der  
Mitschurinstraße  
Fraktion CDU  
23/SVV/0974

Ausschuss für Ordnung und Sicherheit  
einstimmige Zustimmung mit folgenden Änderungen:

Der Obermeister wird beauftragt, **im Rahmen des Radverkehrskonzeptes** zu prüfen, ob und wie in Bornim die Sicherheit der Radfahrer auf der **Golmer Chaussee/Mitschurinstraße** zwischen dem Ortseingang Bornim bis zur B 273 verbessert werden kann.

~~Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist bis Ende 2023 zu berichten.~~

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität - Selbstbefassung  
einstimmige Zustimmung einschließlich der Änderungen aus OS

- 7.21 Ordnung und Sicherheit an der Sonnenterrasse am Birnenweg  
Fraktion CDU  
23/SVV/0976
- Ausschuss für Ordnung und Sicherheit  
Zustimmung 5.0:2 mit folgenden Änderungen:
- Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie im Bereich Sonnenterrasse am Birnenweg die Müllsituation sowie die Belastung der Anwohner durch Lärm in den Abendstunden verbessert werden kann. Dazu ist zunächst zur Feststellung der Situation das Gespräch mit den Anwohnern zu suchen.

Dem Ausschuss ~~für Ordnung und Sicherheit~~ **zuständigen Fachausschuss** ist ~~bis Ende 2023~~ **im 4. Quartal 2024** über das Ergebnis zu berichten.
- 7.22 Umfrage Mobilitätsverhalten im „ländlichen Raum“  
Fraktion CDU  
23/SVV/0978
- Ortsbeiräte Grube, Uetz-Paaren, Marquardt, Groß Glienicke, Fahrland, Neu Fahrland, Eiche, Golm und Satzkorn  
Zustimmung
- Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
abgelehnt 2:3:1
- Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung  
abgelehnt 1:4:0
- 7.23 Unfälle vor dem Rathaus vermeiden  
Fraktion CDU  
23/SVV/0979
- Ausschuss für Ordnung und Sicherheit  
abgelehnt 1:4:2
- Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität - Selbstbefassung  
Zustimmung 6:1:0
- 7.24 Baulückenschließung in der Zeppelinstraße  
Fraktion Mitten in Potsdam  
23/SVV/1073
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes  
Die Erledigung des Antrags wird festgestellt.
- 7.25 Dauerhafter Gymnasialstandort an der Esplanade 5  
Fraktion der Freien Demokraten  
23/SVV/1087
- Ausschuss für Bildung und Sport  
von der antragstellenden Fraktion **zurückgezogen**



7.26 Kleinere Um- und Ausbauten im Hannah-Arendt-Gymnasium und der Zeppelin-Grundschule: Erweiterung Musik- und Kusträume, Teilung der „Aula“  
Fraktion Mitten in Potsdam

Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service  
abgelehnt

Ausschuss für Bildung und Sport  
einstimmige Zustimmung mit folgender Änderung:

23/SVV/1093

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt nach Vorliegen der Machbarkeitsstudie zur Erweiterung der Schulen am Standort Haeckelstraße ein Konzept zur schnellstmöglichen Erfüllung der Wünsche der Schulen zur Veränderung der Unterrichtsräume zu erarbeiten.

Das Konzept soll im Bildungsausschuss im September 2024 vorgelegt werden, damit die notwendigen Haushaltsvorkehrungen für die Haushaltsaufstellung 2025 getroffen werden können.

~~Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt, mit Haushaltsresten, zwei kleinere nicht aufwendige Um- bzw. Ausbaumaßnahmen im Hannah-Arendt-Gymnasium (Erweiterung der Musik- und Kunsträume durch Hinzunahme der Gangflächen) und der Zeppelin-Grundschule (Teilung des als „Aula“ geltenden Raumes, um zusätzliche Klassenzimmer zu gewinnen) möglichst im Trockenbau kurzfristig bis Mai 2024 umzusetzen.~~

7.27 Aufnahmekapazität an Gesamtschulen  
Fraktion der Freien Demokraten

Ausschuss für Bildung und Sport  
mehrheitliche Zustimmung mit folgender Änderung:

23/SVV/1094

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt **sich beim Land dafür einzusetzen, dass die** zu prüfen, inwieweit es Regelungen des **Brandenburgischen** ~~Brandenburgisches~~ Schulgesetzes erlauben, von der Aufnahmebegrenzung von einem Drittel der Aufnahmekapazität für den Bildungsgang zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife an Gesamtschulen gem. § 53 BbgSchulG abzuweichen, insbesondere hinsichtlich

- dem Vorliegen besonderer Gründe gem. § 53 Abs. 3 Satz 3 BbgSchulG wie der kurzfristig kaum zu deckenden Übernachtfrage nach dem Bildungsgang zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife in der Landeshauptstadt Potsdam,
- der Durchführung einer Ausgleichkonferenz mit dem staatlichen Schulamt zur Regelung von Übernachtfragen gem. § 53 Abs. 6 BbgSchulG.

7.28 Leitungsfreie Baumpflanzbereiche  
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes  
Zustimmung 6:0:1 mit folgender Änderung:

23/SVV/1119

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass bei allen Bauarbeiten darauf geachtet wird, dass **zu prüfen, wie vertragliche Regelungen mit Medienträgern geschlossen werden können, sodass** die Pflanzstreifen für Bäume von Leitungen frei **werden bzw.** bleiben.

Den Ausschüssen für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes und für Klima, Umwelt und Mobilität ist im 1. Quartal 2024 über die Umsetzung zu berichten.

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

einstimmige Zustimmung zur Änderung aus SBWL sowie der Terminanpassung auf das **2. Quartal 2024**

7.29 Mehr Rot - Mehr Fahrradsicherheit  
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam  
  
23/SVV/1141

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

einstimmige Zustimmung zum ÄA 23/SVV1141-01 sowie einer Ergänzung im 1. Satz und einer Terminanpassung wie folgt:

Die Verwaltung wird **im Rahmen des Radverkehrskonzeptes** beauftragt zu **prüfen, ob und wo im Potsdamer Radwegenetz** zur Vermeidung von Dooring-Unfällen, **bei unklaren Wegebeziehungen oder unfallauffälligen Stellen (nicht Unfallhäufungsstellen)** zur Erhöhung der Verkehrssicherheit **Abschnitte des Radwegenetzes** mit farblichen Markierungen ~~hervorzuheben~~ **hervorgehoben werden können.**

**Das Prüfergebnis ist im 1. 2. Quartal 2024 im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität vorzustellen. Hierbei sind kurzfristig umsetzbare Maßnahmen zu benennen sowie Maßnahmen, die mit der Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes Berücksichtigung finden.**

7.30 Elektrisch betriebener Kleinbus für Groß Glienicke  
Fraktion der Freien Demokraten  
  
23/SVV/1250

Ortsbeirat Groß Glienicke  
Einstimmige Zustimmung mit folgender Ergänzung:

- Das Anfahren der Waldsiedlung sowie des südlichen Gebiets in Groß Glienicke solle bei der Linienführung mit geprüft werden.
- Die Frequentierung des Kleinbusses darf zu keiner Verschlechterung der Erreichbarkeit der Hauptbuslinie führen. Zu beachten sind eventuelle Kapazitätsengpässe, wenn z.B. der Berufsverkehr/Schulverkehr läuft.

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

Zustimmung 6:0:1 zu  
folgendem geändertem  
Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit es sinnvoll ist, ~~die Ortsdurchfahrt durch in~~ Groß Glienicke **und anderen Ortsteilen mit die** dieselbetriebenen großen Gelenkbussen ~~zu ersetzen durch einen kleinen,~~ elektrisch betriebene Kleinbusse **zu ersetzen.** ~~der folgende Merkmale und Rahmenbedingungen aufweist:~~

- ~~• Elektrischer Antrieb ohne CO2-Emissionen~~
- ~~• Permanenter Umlauf in Groß Glienicke über Glienicker Dorfstraße, Seepromenade, Richard Wagner Straße, Sacrower Allee, Potsdamer Chaussee wieder zur Glienicker Dorfstraße; damit kein 20-Minuten Takt mehr, sondern permanentes Anfahren aller Haltestellen mit im Durchschnitt deutlich verkürzten Wartezeiten auf den Bus~~
- ~~• Fahren ohne Fahrplan aber mit Halt an allen bisherigen Haltestellen plus ggf. und nach Bedarf weiteren Haltestellen~~
- ~~• Aufladestation (ggf. induktiv) und längerer Halt an der Potsdamer Chaussee, von wo aus die Fahrgäste in die großen Gelenkbusse nach Spandau oder Campus Jungfernsee umsteigen können~~
- ~~• Autonomes Fahren (ohne Fahrer) als Ziel, ggf. aber Einstieg über eine teilautonome oder remote Lösung.~~

7.31 Erstellung eines aktuellen Baumkatasters für Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
die Landeshauptstadt Potsdam  
Fraktion DIE ANDERE  
23/SVV/1266  
Zustimmung 7:0:1 zu  
folgendem geändertem  
Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass spätestens bis zum Jahr 2025 **2026** der städtische Baumbestand vollständig in einem Baumkataster erfasst ist.

In dem Kataster sollen die Bäume auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) erfasst und nummeriert werden. Dabei sollen auch Informationen zur Baumart, zum Pflanzjahr, zum Stammumfang und zum Kronendurchmesser hinterlegt und digital zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sind die erforderlichen Personalstellen für eine Pflege des Katasters und die regelmäßige Kontrolle des Baumbestandes zu schaffen.

~~Die Stadtverordnetenversammlung~~ **Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** ist **nach der Sommerpause 2024** im März 2024 über den Sachstand zu unterrichten.

7.32 Information vor Strukturveränderungen Hauptausschuss  
Fraktion DIE LINKE **zurückgestellt**  
23/SVV/1274

7.33 Chefsache Oberbürgermeister: Verhandlungen Ausschuss für  
mit den Deutschen Bahn AG zum Hinzenberg Stadtentwicklung, Bauen,  
und dem Weg zum Kinostandort Charlott Wirtschaft und Entwicklung  
Fraktion Mitten in Potsdam des ländlichen Raumes  
**Erledigung** des Antrages

23/SVV/1275

festgestellt

Ausschuss für Klima, Umwelt  
und Mobilität  
**Erledigung** des Antrages  
festgestellt

7.34

Bürgerbeteiligung  
Wässerungspatenschaften  
Straßenabschnitt

durch Ausschuss für Partizipation,  
nach Transparenz und  
Digitalisierung  
Zustimmung 4:1:0 zu  
folgenden  
Änderungen/Ergänzungen:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion SPD

23/SVV/1285

Die Landeshauptstadt Potsdam möchte das Engagement von Anwohnenden bei der Bewässerung von Straßenbäumen unterstützen. Dazu wird der Oberbürgermeister beauftragt, ~~die bei der Einrichtung eines digitalen des bis 2026 vorgesehenen Straßenbaumkatasters zu prüfen eine Kategorie zu schaffen~~, in welchem die Anwohnerschaft eines Straßenabschnittes eine Wässerungspatenschaft eintragen lassen kann, um - für die Landeshauptstadt kostenlos - die Bewässerung der Straßenbäume vor ihrer Haustür zu übernehmen und zu koordinieren.

~~Das Straßenbaumkataster enthält auch eine Spalte für Pflegehinweise des Grünflächenamtes der Landeshauptstadt.~~

**Die Landeshauptstadt Potsdam gibt über den Bereich Grünflächen anlassbezogenen Hinweise und Fortbildung zur Baumpflege.**

Ausschuss für Klima, Umwelt  
und Mobilität  
Zustimmung 6:0:2 zu  
folgendem geändertem  
Beschlusstext:

Die Landeshauptstadt Potsdam möchte das Engagement von Anwohnern bei der Bewässerung von Straßenbäumen unterstützen. Dazu wird der Oberbürgermeister **beauftragt, die bei der Einrichtung eines digitalen des bis 2026 vorgesehenen Straßenbaumkatasters zu prüfen eine Kategorie zu schaffen**, in welchem die Anwohnerschaft eines Straßenabschnittes eine Wässerungspatenschaft eintragen lassen kann, um – für die Landeshauptstadt kostenlos – die Bewässerung der Straßenbäume vor ihrer Haustür zu übernehmen und zu koordinieren.

~~Das Straßenbaumkataster enthält auch eine Spalte für Pflegehinweise des Grünflächenamtes der Landeshauptstadt.~~

**Die Landeshauptstadt gibt über den Bereich Grünflächen anlassbezogene Hinweise zur Baumpflege.**

7.35

Einrichtung eines Haltestreifens vor der  
Oberlinschule in Babelsberg  
Fraktion SPD

der Ausschuss für Klima, Umwelt  
und Mobilität  
**zurückgestellt**

23/SVV/1290

7.36 Zeitnahe Beräumung von Baustellen nach Ausschuss für Ordnung und Sicherheit  
Fertigstellung  
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam Zustimmung 4:0:3

23/SVV/1293

7.37 Hunderauslaufgebiete im Stadtgebiet Ausschuss für Ordnung und Sicherheit  
Fraktion CDU Zustimmung 4:2:1 zu folgender  
23/SVV/1295 Ergänzung im Punkt 4:

...  
4. vor diesem Hintergrund einen Vorschlag zu unterbreiten, wie mit diesem  
Thema umgegangen werden soll, **u.a. Gebiete mit Leinenzwang.**  
...

7.38 Schulplanungen gemeinsam angehen Ausschuss für Bildung und Sport  
Fraktion CDU **Erledigung** des Antrages  
festgestellt  
23/SVV/1297

7.39 Potsdams Norden fährt mit dem BUS zum Ortsbeirat Neu Fahrland  
Hauptbahnhof! einstimmig angenommen  
Fraktion Freie Fraktion

23/SVV/1303

Ortsbeirat Fahrland  
einstimmig abgelehnt

Ortsbeirat Groß Glienicke  
Einstimmige Zustimmung mit  
folgender Ergänzung:

.  
. .  
. .  
**Die Planungen sollen zum nächst möglichen Zeitpunkt unter Einbeziehung  
der Ortsteile geprüft werden.**

Ausschuss für Klima, Umwelt  
und Mobilität  
mit 1:7:0 **abgelehnt**

## Beschlossene Anträge der SVV 06.12.2023

TOP in SVV	DS-Nr.	Antragsteller	Vorlage	Beschlussart	Federführender GB	Finanzielle Auswirkungen, die nicht im Haushaltsplan enthalten sind		
						Ergebnisplan	Stellenplan	Investitions- plan
6.3	23/SVV/014 1	Fraktion DIE LINKE	Mitwirkungsgrremium Am Stern	geändert beschlossen	GB 4	Angabe hierzu frühestens in MV für HA im April 2024 möglich	Angabe hierzu frühestens in MV für HA im April 2024 möglich	keine
6.6	23/SVV/051 8	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Gebühren für Bewohnerparkausweis e	geändert beschlossen	GB 4, 47	keine		
6.12	23/SVV/080 9	Fraktion DIE LINKE	Moratorium Garagenstandorte	geändert beschlossen	GB 4, 41	keine	keine	keine
6.23	23/SVV/097 2	Fraktion Freie Demokraten	Entschärfung der Gefahrensituationen in der Dorothea- Schneider-Straße	geändert beschlossen	GB 4, 47	keine		
6.25	23/SVV/097 7	Fraktion CDU	Bürgerbeteiligung/- information am Kirchsteigfeld	geändert beschlossen	GB 4, 41	keine	keine	keine
6.27	23/SVV/104 6	Fraktion DIE aNDERE	Prüfung Radverkehrsanlagen - Sicherheitsräume zu Parkstreifen bzw. Seitenstreifen	ungeändert beschlossen	GB 4, 47	keine		
6.30	23/SVV/109 6	Fraktion DIE LINKE	Petitionen an die Stadtverwaltung	ungeändert beschlossen	GB 9, 901	keine	Wird geprüft	keine

7.1.2	23/SVV/123 2-02	Fraktion DIE aNDERE	Benutzungs- und Gebührensatzung Unterbringung	geändert beschlossen	GB 3 / 39	Nein	Nicht messbar	nein
7.3	23/SVV/128 2	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion SPD, Fraktion Sozial.Die Linke, Fraktion DIE ANDERE, Fraktion DIE LINKE	Uferweg am Griebnitzsee: weiteres Vorgehen	ungeändert beschlossen	GB 4, 401	Nein	Nein	3.035.000 EUR (Planungsleist ung 450.000 EUR Umsetzung 2.500.000 EUR Wettbewerbsb etreuung 85.000 EUR)
7.4	23/SVV/128 4	Fraktionen Sozial.DIE LINKE.Potsd am, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU	Sportplatz Kirschallee – Vereinsleben stärken	ungeändert beschlossen	GB 1 mit GB 2			Investitionskos ten: - für Container ca. 36.000 € - für Erschließung Trink- und Abwasser ca. 40.000 €
7.13	23/SVV/128 6	Fraktion SPD	Umbenennung der Tram- und Bushaltestelle „Rathaus Babelsberg“ in „Rathaus Babelsberg / Oberlinhaus	ungeändert beschlossen	GB 4, 47	keine		
7.14	23/SVV/128 3	Fraktion Bündnis	Erinnerung an die Großdemonstration am	ungeändert beschlossen	GB 9, 99	Über ggf. zusätzliche		

		90/Die Grünen, Fraktion SPD, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam	4.11.1989 pflegen			finanzielle Auswirkungen kann erst nach Fertigstellung des Konzeptes informiert werden.		
7.15	23/SVV/1288	Fraktionen Sozial.DIE LINKE.Potsdam, SPD, Bündnis 90/Die Grünen	Einsatz von „Berliner Kissen“ vor Schulen und Kindertageseinrichtungen	ungeändert beschlossen	GB 2	Nicht enthalten	Nicht enthalten	Für diese freiwillige Aufgabe nicht enthalten  Der GB 4 gab bei der Stellungnahme an, dass ein Berliner Kissen (Aufpolsterung) zwischen 18.000 und 30.000 € betragen würde. Falls vor einer Einrichtung drei Kissen aufgepolstert werden müssten wären das 54.000 und 90.000 € pro Einrichtung. Bei ca. 50



								<p>Schulen und ca. 150 Kita's wären das 200 Einrichtungen.</p> <p>Ergo:  - bei 1x Kissen vor jeder Einrichtung würde Range zwischen EUR 3.600.000 und EUR 6.000.000 liegen  - bei 3x Kissen vor jeder Einrichtung würde Range zwischen EUR 10.800.000 und EUR 18.000.000 liegen</p>
7.35	23/SVV/1289	Fraktionen Sozial.DIE LINKE.Potsdam, Bündnis 90/Die Grünen, SPD	Vernetzung der LHP mit dem Climate Change Center (CCC) Berlin Brandenburg	ungeändert beschlossen	GB 9	Die Aufnahme von Gesprächen hat keine finanziellen Auswirkungen		

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

Titel des Antrages:

Gegen die Einsamkeit in unserer Gesellschaft

**Drucksache Nr.:** 24/SVV/0037**TOP:** 8.1

## Stellungnahme der Verwaltung

### 1. Rechtliche Einschätzung

Die Kommunen sind auf der Grundlage Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Daseinsvorsorge zuständig. Dies betrifft u. a. auch die Einsamkeitsprävention.

Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels aus den Jahren 2013 und 2017 zeigen, dass sich neben den über 75-Jährigen auch die Altersgruppe der 30- bis 45-jährigen zu den einsamsten Menschen in Deutschland zählen. Während der Corona-Pandemie war die Altersgruppe der 30-bis 45-jährigen am zweitstärksten von Einsamkeit betroffen.

### 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Im Finanzhaushalt sind die dafür erforderlichen Eigenmittel in Höhe von 40.000 € nicht berücksichtigt. Auch die laut Förderrichtlinie "Zusammenhalt stärken - Menschen verbinden" erforderliche Personalstelle, um Maßnahmen zur Vorbeugung und Linderung von Einsamkeit zu koordinieren und umzusetzen, ist nicht eingeplant.

### 3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Eine Antragsstellung ist bis zum 31.01.2024 erforderlich. Die für die Antragstellung erforderlichen personellen Ressourcen sind im betreffenden Fachbereich Soziales und Inklusion aktuell nicht vorhanden.

### 4. Inhaltliche Einordnung

Mit dem Förderprogramm sollen Maßnahmen für Menschen im mittleren Erwachsenenalter zwischen 28 und 59 Jahren im Zeitraum 01.09.2024 bis 31.08.2027 zur Vorbeugung und Linderung von Einsamkeit gefördert werden. Ziel ist es, die soziale Teilhabe der Zielgruppe zu verbessern und Einsamkeit entgegenzuwirken.

In Potsdam gibt es einen hohen Anteil an Single-Haushalten. Dem gegenüber stehen bereits gute Beratungsangebote, z. B. Sekiz, Bürgerhäuser sowie Angebote zur seelischen Gesundheit, welche die Zielgruppe aufsuchen und in Anspruch nehmen können. Im Weiteren ist beabsichtigt in 01/2024 zwei weitere ESF Anträge (21/SVV/0802) für das ESF+ Förderprogramm „Stark vor Ort“ zu stellen, die auch diese Thematik mit aufnehmen. Über Pflege vor Ort werden außerdem Projekte der Jüdischen Gemeinde und der Sozialen Stadt gGmbH zum Thema Einsamkeitsprävention gefördert. Von einer Antragstellung sollte daher abgesehen werden.

Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

Titel des Antrages:

Fossilfrei im Strom- und Wärmesektor bis spätestens 2035

**Drucksache Nr.:** 23/SVV/1392

**TOP:** 8.2

### Stellungnahme der Verwaltung

#### 1. Rechtliche Einschätzung

Der Antrag ist auf eine Angelegenheit eines mittelbaren städtischen Unternehmens gerichtet und zwar auf die Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP). Die EWP ist eine Tochtergesellschaft der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP), wobei die SWP 65 % der Geschäftsanteile hält. Die SWP ist wiederum eine 100%-ige Tochtergesellschaft der LHP. Mit dem Beschlussvorschlag soll die Unternehmensführung der EWP angewiesen werden, die Strom- und Wärmeerzeugung der EWP auf dem Stadtgebiet der LHP bis 2035 fossilfrei zu gestalten. Die dazu notw. Investitionen sind im Wirtschaftsplan der EWP auszuweisen. Über den Wirtschaftsplan beschließt abschließend der Aufsichtsrat der EWP und nicht die Gesellschafterversammlung (GV).

#### 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Nein, die Quantifizierung der dafür gegebenenfalls benötigten Mittel ist derzeit nicht möglich.

#### 3. Zeitliche Umsetzbarkeit

aktuell keine Einschätzung möglich.

#### 4. Inhaltliche Einordnung

Die Transformation der Energieversorgung Potsdam muss zügig und konsequent umgesetzt werden, um auch höhere Folgekosten und soziale Ungerechtigkeiten zu vermeiden.

Erste Schritte, Überlegungen und Investitionen zur Dekarbonisierung der Strom- und Wärmeversorgung wurden bereits im Masterplan Klimaschutz aufgezeigt und können parallel zur laufenden kommunalen Wärmeplanung (Energieleitplanung) erfolgen. Die abgeschlossene Bohrung der EWP für tiefe Geothermie an der Heinrich-Mann-Allee ist hier ein gutes Beispiel. Die kommunale Wärmeplanung befindet sich aktuell in der Umsetzung und wird voraussichtlich Ende 2025 abgeschlossen sein.

Für die vollständige Dekarbonisierung der Strom- und Wärmeerzeugung ist jedoch ein grundlegender Umbau der entsprechenden Infrastruktur erforderlich, insbesondere der großflächige Einsatz grünen Wasserstoffs. Dies ist derzeit weder technisch noch finanziell umsetzbar. Darüber hinaus bestehen keine hinreichenden gesetzlichen Grundlagen.

22.1.2024

Datum/Unterschrift  
Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:**

Titel des Antrages:

Reinigungsintervalle von bewaldeten Radwegen im Herbst erhöhen

**Drucksache Nr.:** 24/SVV/0027

**TOP:** 8.3

**Stellungnahme der Verwaltung**

1. Rechtliche Einschätzung

Die gesetzliche Grundlage bildet § 49a BbgStrG.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Zusätzliche Leistungen auf Radwegen durch Turnuserhöhungen sind im laufenden Haushaltsplan nicht berücksichtigt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Reinigungsleistungen auf Radwegen erfolgen turnusmäßig in den Monaten November und Dezember alle 14 Tage. Darüber hinaus erfolgen bei Bedarf Sonderreinigungen zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit bei Radwegen mit erhöhtem Eintrag von Laub, insbesondere bei Nässe.

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

Titel des Antrages:

Sportfläche im Potsdamer Norden entwickeln

**Drucksache Nr.:** 23/SVV/1397

**TOP:** 8.4

### Stellungnahme der Verwaltung

#### 1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich gemäß Haushaltsrecht um eine freiwillige Aufgabe.  
Gemäß Gesetz zur Sportförderung im Land Brandenburg ist Sportförderung pflichtig dem Grunde nach.  
Nach der Sportfördersatzung der Landeshauptstadt Potsdam §§ 4 und 5 soll eine bedarfsgerechte Sportinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden.

#### 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Finanzierung ist abhängig von der Entwicklungsbedingtheit der Maßnahme, die aktuell geprüft wird. Danach richtet sich, welcher Anteil durch das Treuhandvermögen Bornstedter Feld gedeckt werden kann und welcher Anteil über den Haushalt zu finanzieren ist.

#### 3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Der Antrag setzt keine zeitliche Vorgabe für die Umsetzung der Maßnahme.  
Bis April 2024 legt die Verwaltung einen Zeitplan vor.

#### 4. Inhaltliche Einordnung

Aus Sicht der Sportverwaltung wäre die Entwicklung dieses Standortes für den Vereinssport ein sehr wichtiges Projekt zur Deckung des Bedarfs im Bornstedter Feld / nördliche Innenstadt.

17.1.24   
Datum/Unterschrift  
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

**Titel des Antrages:**

Neuer Standort für den zentralen Weihnachtsmarkt „Blauer Lichterglanz“

**Drucksache Nr.:** 24/SVV/0033

**TOP:** 8.5

### Stellungnahme der Verwaltung

**1. Rechtliche Einschätzung**

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

**2. Berücksichtigung im Haushaltsplan**

Es stehen keine finanziellen Mittel im Doppelhaushalt 2023/2024 zur Verfügung.

**3. Zeitliche Umsetzbarkeit**

Eine Berichterstattung ist im 3.Quartal 2024 möglich.

**4. Inhaltliche Einordnung**

Die Ausrichtung des Weihnachtsmarktes an einem neuen Standort wäre frühestens ab dem Jahr 2026 möglich. Die Eignung und Akzeptanz alternativer Standorte müsste dafür im Vorfeld abschließend geprüft werden.

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

**Titel des Antrages:**

Unverhältnismäßige Tarifierhöhung für die 9-Uhr-Karte Potsdam AB rückgängig machen

**Drucksache Nr.:** 24/SVV/0036

**TOP:** 8.6

### Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

4. Inhaltliche Einordnung

Der Tarif wird durch den Aufsichtsrat des VBB beschlossen. Eine Anpassung des Tarifs ist nicht durch einen SVV Beschluss möglich.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 24.01.2024

Titel des Antrages:

Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden ermöglichen

Drucksache Nr.: 23/SVV/1407

TOP:

### Stellungnahme der Verwaltung

#### 1. Rechtliche Einschätzung

Der Antrag ist rechtlich zulässig.

#### 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Umsetzung des Beschlussantrages hat keine relevanten direkten Auswirkungen auf den Haushaltsplan.

#### 3. Zeitliche Umsetzbarkeit

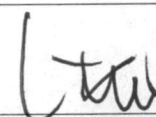
Durch die bereits in Umsetzung befindliche Ursprungsbeschlussfassung hat die nunmehr vorgeschlagene Änderung des bestehenden Beschlusses keine zeitlichen Auswirkungen.

#### 4. Inhaltliche Einordnung

KIS: Die Änderung des ursprünglichen Antrags DS 21/SVV/0630 "Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden" beinhaltet im Wesentlichen eine Reduzierung der Mindeststandards. Trotz dieser Reduzierung kann davon ausgegangen werden, dass die Standards des ursprünglichen Beschlusses bei entsprechender Einwerbung geeigneter Fördermittel und unter Beachtung des Wirtschaftlichkeitsprinzips dennoch erreicht werden können. ProPotsdam GmbH: Der vorliegende Änderungsantrag adressiert nicht das Problem, dass die Mehrkosten, die sich aus der Zertifizierung ergeben, aktuell nicht durch Fördermittel ausgeglichen werden. Hilfreich wäre diesen Teil des ursprünglichen SVV-Beschlusses für die ProPotsdam GmbH auszusetzen. Die Zielstellung der ProPotsdam ist bei Neubauvorhaben weiterhin die Umsetzung des EH40-Standards."

18.01.2024

Datum/Unterschrift  
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r





**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

Titel des Antrages:

Trinkbrunnen in der Innenstadt

**Drucksache Nr.:** 24/SVV/0048

**TOP:** 8.9

### Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

-

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die Vorlage des Prüfergebnisses ist im KUM im April 2024 möglich.

4. Inhaltliche Einordnung

-

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

**Titel des Antrages:**

Verkehrssicherheit an der Biosphäre/ Schule am Schloss

**Drucksache Nr.:** 24/SVV/0039

**TOP:** 8.11

### Stellungnahme der Verwaltung

**1. Rechtliche Einschätzung**

Es handelt sich um behördliches Handeln.

**2. Berücksichtigung im Haushaltsplan**

Für Maßnahmen in diesem Bereich sind bislang keine Finanzmittel im aktuellen Haushaltsplan vorgesehen.

**3. Zeitliche Umsetzbarkeit**

-

**4. Inhaltliche Einordnung**

Auf Grundlage der DS 20/SVV/1206 wurde die dortige Verkehrssituation umfassend untersucht und einige Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit (z.B. Einengungen, Tempo-30-Piktos auf der Fahrbahn) realisiert. Nach wie vor ist dieser Bereich sehr unfallunauffällig. Im Rahmen der Fortschreibung des Schul- und Spielwegsicherungskonzeptes wird aber auch weiterhin das dortige Umfeld der betreffenden Schulen und Kindertageseinrichtungen überprüft.

<b>Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:</b>	24.01.2024
Titel des Antrages: Ein neuer Weihnachtsmarkt für die Innenstadt	
<b>Drucksache Nr.:</b> 23/SVV/1389	<b>TOP:</b> 8.12

### Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Es stehen keine finanziellen Mittel im Doppelhaushalt 2023/2024 zur Verfügung.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Eine Berichterstattung ist im 3.Quartal 2024 möglich.

4. Inhaltliche Einordnung

Eine Vergabe für einen "neuen" Weihnachtsmarkt wäre frühestens zum Veranstaltungsjahr 2026 möglich. Voraussetzung hierfür wäre eine öffentliche Ausschreibung, in der konsensuale und konzeptionelle Anforderungen und Erwartungshaltungen, als auch notwendige Auswahl- und Zuschlagskriterien definiert werden.

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

Titel des Antrages:

Keine Gebühren für Außengastronomie

**Drucksache Nr.:** 23/SVV/1388

**TOP:** 8.13

### Stellungnahme der Verwaltung

#### 1. Rechtliche Einschätzung

Für die Nutzung von öffentlichem Straßenland werden zwei Gebühren erhoben.

Die Verwaltungsgebühren für gastronomische Straßensondernutzungserlaubnisse werden auf Grundlage der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebOSt) als einheitliches Bundesrecht erhoben. Hierbei handelt es sich um eine Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung.

Die Erhebung der Sondernutzungsgebühren erfolgt gemäß Brandenburgisches Straßengesetz (BbgStrG) i.V.m. der kommunalen Straßensondernutzungssatzung und ist eine pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe.

#### 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Umsetzung der Maßnahme war nicht Bestandteil der Haushaltsdiskussion und würde ein Einnahmeverlust von ca. 370.000 € bedeuten.

#### 3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

#### 4. Inhaltliche Einordnung

Die GebOSt bietet keinen Ermessensspielraum für einen möglichen Gebührenerlass, da es sich um eine bundeseinheitlich geregelte Gebühr handelt.

Von der Sondernutzungsgebühr kann der Oberbürgermeister satzungsgemäß nach pflichtgemäßem Ermessen ganz oder teilweise absehen, wenn erlaubnisbedürftige Sondernutzungen ausschließlich oder überwiegend im öffentlichen Interesse liegen.

Bestehende Gebührenfreiheitstatbestände nach GebOSt bzw. Straßensondernutzungssatzung Potsdam treffen nicht zu.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 24.01.2024

Titel des Antrages:

Integration des ländlichen Raums verbessern

Drucksache Nr.: 24/SVV/0043

TOP: 8.14

### Stellungnahme der Verwaltung

#### 1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

#### 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Für die Umsetzung sind keine Haushaltsmittel erforderlich.

#### 3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

#### 4. Inhaltliche Einordnung

Im Rahmen der Fortschreibung verschiedener Mobilitätskonzepte werden weitere Maßnahmen für den Potsdamer Norden und das unmittelbare Umland von Potsdam erarbeitet bzw. finden sich gerade in der Untersuchung.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 24.01.2024

Titel des Antrages:

Zeitgemäße Unternehmensziele für die ProPotsdam

Drucksache Nr.: 24/SVV/0031

TOP: 8.15

### Stellungnahme der Verwaltung

#### 1. Rechtliche Einschätzung

-

#### 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

-

#### 3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

#### 4. Inhaltliche Einordnung

Der Potsdamer Aktionsplan für bezahlbares Wohnen und sozialen Zusammenhalt von Dez. 2022 setzt die Rahmenbedingungen für das Handeln der ProP für den Zeitraum bis einschließlich 2027 (22/SVV/1019). Unter dem Punkt Wohnungsneubau wird im Aktionsplan die Notwendigkeit des sozialen Wohnungsbaus für WBS-Berechtigte und für Beschäftigte mit niedrigen Einkommen hervorgehoben. Weiter konkretisiert werden die Zielsetzungen im jährlich zu erstellenden Wirtschaftsplan, der jeweils dem HA zur Kenntnis vorgelegt wird. Bei den in der Begründung der Fraktion DIE aNDERE aufgezählten drei Zielen handelt es sich nicht um eine abschließende Aufzählung der Unternehmensziele der ProP.

22.01.24 

Datum/Unterschrift  
Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

Titel des Antrages:

Staudenhof abreißen und Wohnungslosigkeit verhindern

**Drucksache Nr.:** 23/SVV/1359

**TOP:** 8.16

### Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

rechtlich möglich

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

nicht erforderlich


3. Zeitliche Umsetzbarkeit

bereits umgesetzt

4. Inhaltliche Einordnung

Die LHP kann zu Mietverhältnissen eines der Mieter der ProPotsdam aufgrund des Datenschutzes keine Auskunft geben.

Seitens der ProPotsdam kann gesagt werden, dass das Angebot einer Ersatzwohnung durchgängig aufrecht erhalten wurde.

  
Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:**

Titel des Antrages:

Überprüfung der Mitgliedschaften der  
Landeshauptstadt Potsdam

Drucksache Nr.: 24/SVV/0051

TOP: Ö 8.17

**Stellungnahme der Verwaltung**

1. Rechtliche Einschätzung

Der Antrag ist rechtlich zulässig.

Die Mitgliedschaft in Zweckverbänden und sonstigen Verbänden, in Vereinen und Vereinigungen fällt in die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung (§ 28 (2) Nr. 24 BbgKVerf).

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Haushaltsmittel für Mitgliedsbeiträge der LHP sind im wesentlichen im Produkt 11121 - Personal und Organisation veranschlagt. Darüber hinaus werden Mittel für fachbezogene Mitgliedschaften auch in den Budgets der Geschäftsbereiche veranschlagt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Für die Prüfung ist die Einbeziehung aller Geschäftsbereiche erforderlich. Das Prüfergebnis kann zusammen mit dem Haushaltsentwurf 2025 vorgelegt werden.

4. Inhaltliche Einordnung

Verwaltungsintern regelt eine Dienstanweisung zur Vorbereitung und Organisation der Mitgliedschaften das Verfahren. Eine regelmäßige Evaluation bestehender Mitgliedschaften ist sinnvoll.

Verwiesen wird zunächst auf die im RIS verfügbaren Angaben zur DS 20/SVV/0329. Die Beantwortung der Kleinen Anfrage beinhaltet eine entsprechende Übersicht zu den Mitgliedschaften der LHP.

Datum/Unterschrift  
Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r





**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

Titel des Antrages:

Vorlage der Verkehrsrechnungen verschiedener Varianten für den Verkehrsentwicklungsplan

**Drucksache Nr.:** 24/SVV/0017

**TOP:** 8.18

### Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Punkte sind bereits im Haushaltsplan 2023/24 berücksichtigt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Eine Umsetzung ist im gewünschten zeitlichen Rahmen aufgrund beschränkter Kapazitäten und der Komplexität der Aufgabe nicht möglich.

4. Inhaltliche Einordnung

Das Anliegen wird bereits im Rahmen des Projektes Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr bearbeitet und greift wesentliche Punkte des Beschlusses DS 18/SVV/0748 auf.

<b>Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:</b>	24.01.2024
Titel des Antrages: Blumenampeln an Laternenmasten	
<b>Drucksache Nr.:</b> 24/SVV/0049	<b>TOP:</b> 8.19

### Stellungnahme der Verwaltung

<p>1. Rechtliche Einschätzung Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.</p>
<p>2. Berücksichtigung im Haushaltsplan Für eine Umsetzung stehen im Haushalt keine Mittel zur Umsetzung zur Verfügung.</p>
<p>3. Zeitliche Umsetzbarkeit Aufgrund der vielfältig erforderlichen Beteiligungen (div. Straßenbaulastträger, Stadtbeleuchtung, Stadtwerke, Pflegefirmen, Berufsgenossenschaften etc.) ist die Prüfung mit den vorhandenen personellen Ressourcen und Prioritäten nicht umsetzbar.</p>
<p>4. Inhaltliche Einordnung Prioritär werden die Kapazitäten für die bereits bestehenden Bedarfe bei bei Grünflächen genutzt.</p>

11.01.2024

Datum/Unterschrift  
Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r



**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

Titel des Antrages:

Einführung eines Portfoliomanagement für kommunale Liegenschaften zur Förderung von Wohnungsbau

**Drucksache Nr.:** 23/SVV/0796**TOP:****Stellungnahme der Verwaltung****1. Rechtliche Einschätzung**

Der Antrag ist rechtlich zulässig.

**2. Berücksichtigung im Haushaltsplan**

Für eine zusätzliche externe Begleitung der gewünschten Konzepterstellung für ein erweitertes Portfoliomanagement sind im Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) bzw. im Wirtschaftsplan des Kommunalen Immobilien Service (KIS) Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam keine finanziellen Mittel geplant.

**3. Zeitliche Umsetzbarkeit**

Die Erarbeitung eines Konzepts zum Aufbau eines strategischen Flächenmanagements für die Entwicklung und Bereitstellung von Flächen für den kommunalen Bedarf in LHP wird derzeit umgesetzt und soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

**4. Inhaltliche Einordnung**

Wie bereits in der Antwort zur Kleinen Anfrage DS 23/SVV/1024 dargelegt, beauftragte die LHP im September 2021 ein externes Beratungsunternehmen mit der Erarbeitung eines Konzepts zum Aufbau eines strategischen Flächenmanagements für die Entwicklung und Bereitstellung von Flächen für den kommunalen Bedarf in der LHP. Bedingt durch einige nicht vorhersehbare externe Faktoren (Corona, längerer Ausfall der Projektleitung u. a. m.) kam es nachfolgend zu einigen Verzögerungen. Als nächste Schritte stehen die abschließende Auswahl der präferierten Strukturvarianten und die Erarbeitung der Umsetzungsstrategie an, die im Jahr 2024 abgeschlossen sein soll. Zudem nimmt die LHP die notwendigen Grundstücksankäufe vor. Allein in den vergangenen drei Jahren wurden ca. 90.000 m<sup>2</sup> mit einem Gesamtwert von ca. 8 Mio. EUR für unterschiedliche kommunale Zwecke von der LHP erworben.

15.01.2024

Datum/Unterschrift  
Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

**Titel des Antrages:**

Winter- Schutz des Denkmals ehemaliger Landtags  
auf dem Brauhausberg

**Drucksache Nr.:** 23/SVV/1357

**TOP:** 8.22

### Stellungnahme der Verwaltung

#### 1. Rechtliche Einschätzung

Der Antrag bezieht sich auf Aufgaben der Landeshauptstadt Potsdam als Untere Denkmalschutzbehörde (Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung), für die eine Zuständigkeit der SVV nicht gegeben ist.

#### 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

#### 3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Es läuft zurzeit ein ordnungsbehördliches Verfahren mit dem Ziel der Durchführung/Durchsetzung von Sicherungsmaßnahmen.

#### 4. Inhaltliche Einordnung

sh. 1.



**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

**Titel des Antrages:**

Integration des Luftschiffhafens in den Namen der Bushaltestelle Sonnenlandstraße

**Drucksache Nr.:** 23/SVV/1394

**TOP:** 8.23

### Stellungnahme der Verwaltung

**1. Rechtliche Einschätzung**

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

**2. Berücksichtigung im Haushaltsplan**

Für die Umsetzung sind keine Haushaltsmittel erforderlich.

**3. Zeitliche Umsetzbarkeit**

-

**4. Inhaltliche Einordnung**

Für Nutzer der VBB-Fahrinfo. App wird bei der Eingabe der MBS-Arena je nach Verbindung die Haltestelle Sonnenlandstraße bzw. Luftschiffhafen angezeigt. Es ist vorgesehen am Haltestellenschild der Haltestelle Sonnenlandstraße ein Wegweiser mit Hinweis auf die MBS-Arena und einer Meterangabe für den Fußweg zu installieren.

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

**Titel des Antrages:**

Abstimmung und Überarbeitung der Planungen für den Ausbau Kuhfordamm

**Drucksache Nr.:** 23/SVV/1396

**TOP:** 8.25

### Stellungnahme der Verwaltung

#### 1. Rechtliche Einschätzung

Das Anliegen ist rechtlich unzulässig.

Es handelt sich um einen geschlossenen Bauvertrag nach VOB zwischen Baulastträger und Bauunternehmen.

#### 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die aktuelle Baumaßnahme im Kuhfordamm ist über den Haushaltsplan abgedeckt.

Die Vergabe der Bauleistung erfolgte nach aktuellem Baurecht. Es gibt vergaberechtlich keine schwerwiegenden Gründe in die Baumaßnahme einzugreifen. Bei jedwedem Eingriff entstünde der Stadt ein wirtschaftlicher Schaden.

#### 3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Es ist vertraglich geregelt die Bautätigkeiten am Kuhfordamm Ende 2024 zu beenden.

#### 4. Inhaltliche Einordnung

Auslöser der Baumaßnahme waren Ergebnisse des RVK 2017, welche über die SVV in oberster Priorität beschlossen wurden.

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

Titel des Antrages:

Kommunale Wärmeplanung transparent und sozial gestalten

**Drucksache Nr.:** 24/SVV/0013

**TOP:** 8.32

### Stellungnahme der Verwaltung

#### 1. Rechtliche Einschätzung

Gemäß Wärmeplanungsgesetz (WPG) vom 22.12.2023 sind Kommunen von der Größe Potsdams gemäß § 4 Satz (2) Nummer 1. verpflichtet, spätestens bis zum Ablauf des 30. Juni 2026 für alle bestehenden Gemeindegebiete einen Wärmeplan zu erstellen. Im § 7 ist im Satz (1) und (2) die pflichtgemäße Beteiligung geregelt. Im Satz (3) wird die Beteiligung weiterer Stellen empfohlen; Satz 6 benennt Einrichtungen der sozialen, kulturellen oder sonstigen Daseinsvorsorge, öffentliche oder private Unternehmen der Immobilienwirtschaft.....

#### 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Wärmeplanung ist im Haushaltsplan berücksichtigt. Die erforderlichen Personalstellen sind im Stellenplan noch nicht berücksichtigt.

#### 3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der gutachterlichen Leistung.  
Eine jährliche Berichterstattung erscheint nach den Erfahrungen mit solchen langfristigen Gutachtenprozessen ausreichend.

#### 4. Inhaltliche Einordnung

Die Landeshauptstadt Potsdam erarbeitet die kommunale Wärmeplanung in zwei Teilen (Bestandsanalyse - ist in Arbeit, Potentialanalyse und Maßnahmenentwicklung mit Beteiligung der Akteure wird ausgeschrieben).

16.1.24  
Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r

<b>Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:</b> 24.01.2024	
Titel des Antrages: Friedensfahne vor dem Potsdamer Rathaus	
<b>Drucksache Nr.:</b> 24/SVV/0014	<b>TOP:</b> 8.33

### Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

-

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

-

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

4. Inhaltliche Einordnung

Gemäß aktueller Dienstanweisung über das Beflaggen von Dienstgebäuden und Schulen der Stadtverwaltung Potsdam (Flaggenordnung) sind regelmäßig die Bundes- und die Landesflagge dauerhaft zu hissen. In spezifischen Angelegen des Landes Brandenburg sind die Landes- und die Stadtflagge zu hissen. Zu entsprechenden Anlässen können außerdem die Euroratsflagge oder ausländische Flaggen gehisst werden.

In besonderen Fällen sind abweichende Beflaggungen möglich. Abweichende Beflaggungen werden stets temporär angeordnet. Eine dauerhafte Abweichung von der Flaggenordnung ist grundsätzlich nicht vorgesehen.

19.01.2024 

Datum/Unterschrift  
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r



**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

Titel des Antrages:

Wiederherstellung der Parkplätze am Neuen Palais

**Drucksache Nr.:** 24/SVV/0016

**TOP:** 8.34

### Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Eine Wiederherstellung der Parkplätze am Neuen Palais ist nicht möglich.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Die hier zuvor nur geduldeten Parkplätze wurden zum Schutz der dortigen Alleebäume und zum Zwecke der Herstellung von Entwässerungsmulden ersatzlos beseitigt.

Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 24.01.2024

Titel des Antrages:

Programm zur Erhöhung der verkehrlichen Leistungsfähigkeit der Zeppelinstraße

Drucksache Nr.: 24/SVV/0018

TOP: 8.35

### Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es ist ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Deckung erfolgt aus dem laufenden Haushalt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Aktuell befinden sich Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses mit Fokus auf den stadteinwärtigen ÖPNV in Umsetzung. Die Maßnahmen betreffen den Bereich Zeppelinstraße zwischen Kastanienallee und Nansenstraße und werden voraussichtlich im 2. Quartal 2024 umgesetzt.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 24.01.2024

Titel des Antrages:

Beseitigung Wasser in Steinstraße

Drucksache Nr.: 24/SVV/0020

TOP: 8.36

### Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es ist ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Im Haushaltsplan 2024 sind für die Umsetzung Mittel eingestellt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die erforderlichen Maßnahmen sollen 2024 umgesetzt werden.

4. Inhaltliche Einordnung

sh. 3.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 24.01.2024

Titel des Antrages:

Geschwindigkeitsbeschränkung in der Rudolf-Breitscheid-Straße

Drucksache Nr.: 24/SVV/0032

TOP: 8.40

### Stellungnahme der Verwaltung

#### 1. Rechtliche Einschätzung

Bei der Prüfung einer Änderung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit handelt es sich um eine Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung.

#### 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan


Für die Umsetzung sind keine Haushaltsmittel erforderlich.

#### 3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die Vorlage des Prüfergebnisses im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist voraussichtlich im Mai 2024 möglich.

#### 4. Inhaltliche Einordnung

Zur Prüfung des SVV-Antrags ist zunächst in enger Zusammenarbeit mit der Polizei die Auswertung etwaiger Unfallentwicklungen und deren Zusammenhänge im Rahmen der notwendigen Gefahrenanalyse zu führen. Weiterhin werden im Prüf- und Anhörungsverfahren verschiedene Fachbereiche der Stadtverwaltung beteiligt.

16.1.24 

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

**Titel des Antrages:**

Verzicht oder Absenkung Straßensondernutzungsgebühr für Außengastronomie

**Drucksache Nr.:** 24/SVV/0035

**TOP:** 8.41

### Stellungnahme der Verwaltung

**1. Rechtliche Einschätzung**

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

**2. Berücksichtigung im Haushaltsplan**

Die Umsetzung der Maßnahme war nicht Bestandteil der Haushaltsdiskussion und würde ein Einnahmeverlust von ca. 370.000 € bedeuten.

**3. Zeitliche Umsetzbarkeit**

Die Vorlage des Prüfergebnisses ist im 3. Quartal 2024 möglich.

**4. Inhaltliche Einordnung**

-

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

**Titel des Antrages:**

Verkehrsführung Erich Mendelsohn- Allee/ Ludwig Boltzmann-Straße

**Drucksache Nr.:** 24/SVV/0038

**TOP:** 8.42

### Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um behördliches Handeln.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Für Maßnahmen in diesem Bereich sind bislang keine finanziellen Mittel im aktuellen Haushaltsplan vorgesehen.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Die polizeiliche Unfallstatistik weist diese Kreuzung als unfallunauffällig aus.

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

Titel des Antrages:

Gewässerunterhaltungsplan

**Drucksache Nr.:** 24/SVV/0040

**TOP:** 8.43

### Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es besteht keine rechtliche Grundlage zur Beteiligung von Ortsbeiräten an der Erstellung von Gewässerunterhaltungsplänen. Die Erstellung der Gewässerunterhaltungspläne obliegt den Gewässerunterhaltungsverbänden (§§ 78, 79 BbgWG).

Es handelt sich nicht um eine Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft (vgl. § 2 Absatz 1 BbgKVerf) und liegt nicht in der Zuständigkeit der Gemeindevertretung (vgl. §28 BbgKVerf).

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

sh. 1.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

sh. 1.

4. Inhaltliche Einordnung

sh. 1.

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

Titel des Antrages:

Überarbeitung "Richtlinie zur Förderung der Ortsteile"

**Drucksache Nr.:** 24/SVV/0041

**TOP:** 8.44

### Stellungnahme der Verwaltung

#### 1. Rechtliche Einschätzung

Der Antrag ist rechtlich zulässig. Die gesetzliche Regelung ist im § 46 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg verankert.

#### 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Sachaufwendungen für Ortsteile sind im Produkt 11170 veranschlagt.

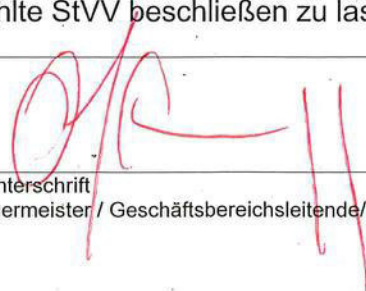
#### 3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Der Antrag sieht vor, dass der Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung im April 2024 die überarbeitete Richtlinie vorzustellen ist.

Diese Frist ist mit den Vorlauf-/Einreichfristen sowie den erforderlichen Abstimmungen mit den Nutzenden unrealistisch.

#### 4. Inhaltliche Einordnung

Die Evaluierung der Richtlinie ist auch von der Verwaltung beabsichtigt. Um die Erfahrungen der letzten Jahre aus dem Blickwinkel der Ortsbeiräte und Vereine berücksichtigen zu können, ist die Einbindung der Nutzenden in die Evaluierung erforderlich. Ziel ist eine differenzierte Betrachtung. Die im Antrag avisierte Zeitschiene wird nicht dafür ausreichen, um Änderungen mit Vertretern der Ortsbeiräte besprechen zu können, so dass dafür plädiert wird, den Entwurf einer überarbeiteten Richtlinie mit den neu gewählten Ortsbeiräten zu besprechen und durch die neu gewählte StVV beschließen zu lassen.



Datum/Unterschrift  
Oberbürgermeister / Geschäftsleitende/r



**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

Titel des Antrages:

Barrierefreie Gestaltung von Kinderspielplätzen in Potsdam

**Drucksache Nr.:** 24/SVV/0042

**TOP:** TOP 8.45

### Stellungnahme der Verwaltung

**1. Rechtliche Einschätzung**

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

**2. Berücksichtigung im Haushaltsplan**

Zur Prüfung sind keine weiteren Haushaltsmittel erforderlich, da die Erstellung der Konzepte bereits abgeschlossen ist.

Die Kosten der baulichen Umsetzung werden im STEK Spielflächen bei den Investitionsmaßnahmen benannt, stehen aber in den vorhandenen Haushaltssatzungen nur zu ungefähr 1/3 zur Verfügung.

**3. Zeitliche Umsetzbarkeit**

Durch Verwaltungshandeln erledigt.

**4. Inhaltliche Einordnung**

Prüfung durch Erstellung des STEK Spielflächen sowie des Inklusionskonzeptes abgeschlossen.

Umsetzung sukzessive im Rahmen der jährlichen Spielplatzsanierung und -neuplanung

11.01.2024

Datum/Unterschrift  
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:**

Titel des Antrages:

Frischlufft im öffentlichen Raum verbessern

**Drucksache Nr.:** 24/SVV/0044

**TOP:** 8.46

**Stellungnahme der Verwaltung**

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Für die im Antrag geforderte Prüfung sind keine Haushaltsmittel erforderlich.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die Vorlage des Prüfergebnisses im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist fristgerecht möglich.

4. Inhaltliche Einordnung

sh. 3.



Datum/Unterschrift  
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

<b>Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:</b>	24.01.2024
<b>Titel des Antrages:</b>	Evaluierung des Potsdamer Weihnachtsmarktes
<b>Drucksache Nr.:</b> 24/SVV/0045	<b>TOP:</b> 8.47

### Stellungnahme der Verwaltung

<p>1. Rechtliche Einschätzung</p> <p>Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.</p>
<p>2. Berücksichtigung im Haushaltsplan</p> <p>Es stehen keine finanziellen Mittel im Doppelhaushalt 2023/2024 zur Verfügung.</p>
<p>3. Zeitliche Umsetzbarkeit</p> <p>Berichterstattung im 3.Quartal 2024.</p>
<p>4. Inhaltliche Einordnung</p> <p>Das Konzept des Weihnachtsmarktes unterliegt heute bereits einem stetigen Prozess der Evaluierung und Weiterentwicklung. Ergänzend zu den alljährlichen Vorbereitungs- und Auswertungsrunden gab es in der jüngeren Vergangenheit mehrere öffentliche Workshops/Maßnahmen, die sich diesem Thema widmeten, so z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Arbeitskreis City und Centren, zuletzt in der Sitzung am 11.10.2023</li><li>- Umfrage im Rahmen Bürgerbefragung 2023; Vorstellung Ergebnisse SBWL 29.08.2023</li><li>- Workshop 01.07.2022   Weihnachtsmarkt "Blauer Lichterglanz 2022"</li><li>- Workshop 01.10.2021   Weihnachtsmarkt "Blauer Lichterglanz 2021"</li></ul>

17.1.24

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

Titel des Antrages:

Haltestelle Sozialpädiatrisches Zentrum (SPZ)

**Drucksache Nr.:** 24/SVV/0047

**TOP:** 8.48

### Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Für die Umsetzung sind keine Haushaltsmittel erforderlich.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

4. Inhaltliche Einordnung

Es wurde bereits eine Lösung zu diesem Anliegen mit dem Sozialpädiatrischen Zentrum und dem ViP abgestimmt. Es ist vorgesehen an der Haltestelle "Moosgarten" die Zusatzansage "Zugang zum Sozialpädiatrischen Zentrum" vorzunehmen.



Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 24.01.2024

Titel des Antrages:

Schulhöfe und Sportanlagen für Kinder und Jugendliche öffnen – jetzt !

Drucksache Nr.: 23/SVV/1284

TOP:

### Stellungnahme der Verwaltung

#### 1. Rechtliche Einschätzung

Der Antrag ist rechtlich zulässig.

#### 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die für die Öffnung aller Schulhöfe notwendigen zusätzlichen Finanzmittel sind nicht im Haushaltsplan berücksichtigt.

#### 3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Kann nur in Abhängigkeit mit der Zurverfügungstellung der erforderlichen Finanzmittel erfolgen. Eine pauschale Öffnung wird verwaltungsseitig nach wie vor nicht empfohlen.

#### 4. Inhaltliche Einordnung

1. Der JHA beantragt, dass sukzessive alle bestehenden Schulstandorte für die außerschulische öffentliche Nutzung zugänglich gemacht werden, mindestens aber drei weitere Standorte pro Jahr.
  2. Die Verwaltung soll entsprechende finanzielle Mittel bereitstellen.
  3. Zusätzlich soll bei Schulneubauten die öffentliche Nutzung der Schulhöfe und Sportanlagen außerhalb der Unterrichtszeiten generell sichergestellt werden.
- Die Verwaltung empfiehlt eine sukzessive Prüfung und eine Einzelfallentscheidung.

16.01.2024

Datum/Unterschrift  
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r



**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:** 24.01.2024

**Titel des Antrages:**

Verschwenkung des Fahrradwegs Babelsberger Straße gegenüber dem Nordausgang des Hauptbahnhofs

**Drucksache Nr.:** 24/SVV/0050

**TOP:** 8.50

### Stellungnahme der Verwaltung

**1. Rechtliche Einschätzung**

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

**2. Berücksichtigung im Haushaltsplan**

Die Prüfung ist aus dem laufenden Haushalt möglich.

**3. Zeitliche Umsetzbarkeit**

-

**4. Inhaltliche Einordnung**

In den letzten Jahren waren keine Anträge/Beschwerden oder Auffälligkeit in Bezug auf die Verkehrssicherheit beim Ein- und Aussteigen an der Haltestelle zu verzeichnen.

**Tagesordnungspunkte der 46. öffentlichen / nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die zurückgestellt, zurückgezogen sowie die Erledigung festgestellt wurde:**

**Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Verwaltung**

**7 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Anträge der Fraktionen / Ortsbeiräte**

- |      |   |   |
|------|---|---|
| 7.3  | Baumpflanzung Ecke<br>Kastanienallee/Zeppelinstraße<br>Fraktion DIE LINKE<br><br>21/SVV/0345  | Ausschuss für Klima, Umwelt<br>und Mobilität<br><b>zurückstellen</b> – erst für die<br>Sitzung am 21.03.2024<br>vorgesehen      |
| 7.4  | Prüfung der Neuausweisung eines<br>Landschaftsschutzgebietes Havelseen<br><i>Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen</i><br>21/SVV/0506  | <u>Ausschuss für Klima, Umwelt<br/>und Mobilität</u><br><b>zurückstellen</b> – erst für die<br>Sitzung im Februar<br>vorgesehen |
| 7.5  | Luftschiffhafen-Stadion<br><i>Fraktion DIE LINKE</i><br>22/SVV/0605   | Antrag wurde vom Einreicher<br>am 05.12.2023<br><b>zurückgezogen</b>  |
| 7.6  | Tragfähige IT-Konzepte entwickeln und<br>umsetzen<br><i>Fraktion Freie Demokraten</i><br><br>23/SVV/0039  | <b>zurückstellen</b> –fehlen Voten<br>PTD und HA  |
| 7.11 | Uferweg am Griebnitzsee<br>Fraktion DIE LINKE<br>23/SVV/0522  | Antrag wurde vom Einreicher<br>am 13.12.2023<br><b>zurückgezogen</b>  |
| 7.16 | Potsdamer Klärwerke zügig ertüchtigen, um die<br>erforderliche Qualitätsstufe der<br>Wasserwiederverwendungsrichtlinie für eine<br>Wiederverwendung zu erfüllen<br>Fraktion Freie FRAKTION<br>23/SVV/0943 | <u>Hauptausschuss</u><br><b>zurückgestellt</b>  |
| 7.17 | Umfeldverbesserungen im Kirchsteigfeld<br>Fraktion Freie Demokraten<br><br>23/SVV/0968  | <u>KUM und SBWL</u><br><b>Erledigung</b> des Antrages<br>festgestellt   |

7.22	Umfrage Mobilitätsverhalten im „ländlichen Raum“ <i>Fraktion CDU</i>  23/SVV/0978	von der antragstellenden Fraktion <b>zurückgezogen</b>
7.25	Dauerhafter Gymnasialstandort an der Esplanade 5 Fraktion der Freien Demokraten  23/SVV/1087	<u>Ausschuss für Bildung und Sport</u> von der antragstellenden Fraktion <b>zurückgezogen</b>
7.32	Information vor Strukturveränderungen Fraktion DIE LINKE  23/SVV/1274	<u>Hauptausschuss</u> <b>zurückgestellt</b>
7.35	Einrichtung eines Haltestreifens vor der Oberlinschule in Babelsberg <i>Fraktion SPD</i>  23/SVV/1290	<b>zurückstellen</b> – fehlt Votum KUM
9.3	Neubildung des Jugendhilfeausschusses <i>Fraktion Freie Fraktion</i>  24/SVV/0058	<b>zurückstellen</b>



**KONSENSLISTE zur Tagesordnung der 46. öffentlichen / nicht öffentlichen Sitzung  
der Stadtverordnetenversammlung am 24. Januar 2024**

- |      |   |  |
|------|---|--|
| 8    | Anträge   |  |
| 8.21 | Einführung eines Portfoliomanagement für kommunale Liegenschaften zur Förderung von Wohnungsbau<br>Fraktion der Freien Demokraten   | 23/SVV/0796<br><b>überweisen in<br/>WA KIS, FA</b>                                     |
| 8.23 | Integration des Luftschiffhafens in den Namen der Bushaltestelle Sonnenlandstraße<br>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen   | 23/SVV/1394<br><b>überweisen in<br/>KUM</b>  |
| 8.24 | Trinkwassersparsysteme bei neuen Wohnbauprojekten<br>Fraktion der Freien Demokraten   | 23/SVV/1395<br><b>überweisen in<br/>KUM, GSWI</b>                                      |
| 8.25 | Abstimmung und Überarbeitung der Planungen für den Ausbau Kuhfordamm<br>Ortsbeirat Golm   | 23/SVV/1396<br><b>überweisen in<br/>SBWL</b>   |
| 8.26 | Flächennutzungsplan (FNP)-Änderung "Kramnitz" (14/17 B):<br>Teilung des Geltungsbereiches und Fortführung der Änderungen<br>"Kramnitz" (14/17 B-1) und "Kramnitz" (14/17 B-2) als<br>eigenständige Änderungen sowie FNP-Änderung "Kramnitz"<br>(14/17 B-1): Abwägungs- und Feststellungsbeschluss<br>Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung  | 23/SVV/1402<br><b>überweisen in<br/>OBR Fahrland,<br/>SBWL, KUM</b>                    |
| 8.27 | Bebauungsplan Nr. 173 „Freiflächensolaranlagen<br>Marquardt/Satzkorn“: Billigung der Abwägung der frühzeitigen<br>Beteiligung, Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit sowie<br>Flächennutzungsplan-Änderung „Freiflächensolaranlagen<br>Marquardt/Satzkorn“ (27/21): Billigung der Abwägung der<br>frühzeitigen Beteiligung, Änderung des räumlichen<br>Geltungsbereiches und der Bezeichnung, Beschluss zur<br>Beteiligung der Öffentlichkeit<br>Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung | 23/SVV/1403<br><b>überweisen in<br/>OBR Marquardt<br/>und Satz Korn,<br/>SBWL, KUM</b> |
| 8.28 | Flächennutzungsplan-Neuaufstellung - Aufstellungsbeschluss<br>Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung   | 23/SVV/1404<br><b>überweisen in<br/>OBR Fahrland,<br/>SBWL, KUM</b>                    |
| 8.29 | 1. Änderung des Durchführungsvertrages mit Änderung des<br>Vorhaben- und Erschließungsplans zum Vorhabenbezogenen<br>Bebauungsplan Nr. 35 „Wohnpark Geschwister-Scholl-Straße 55,<br>56, 58 und 59“ der Landeshauptstadt Potsdam<br>Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung   | 23/SVV/1406<br><b>überweisen in<br/>SBWL, GSWI</b>                                     |

8.30	Wirtschaftsplan 2024 des Kommunalen Immobilien Service (KIS) Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service	24/SVV/0006 <b>überweisen in WA KIS, FA, HA</b>
8.31	Jahresabschluss zum 31.12.2021 des Kommunalen Immobilien Service (KIS) Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam und Entlastung der Werkleitung Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service	24/SVV/0007 <b>überweisen in WA KIS, FA, HA</b>
8.34	Wiederherstellung der Parkplätze Am Neuen Palais <i>Fraktion Potsdam sozial gerecht</i>	24/SVV/0016 <b>überweisen in OS, GSWI</b>
8.37	Bebauungsplan Nr. 157-2 "Neue Mitte Golm" (Süd-Ost), Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Neue Mitte Golm" (18/17), Aufhebung des Änderungsbeschlusses <i>Oberbürgermeister, FB Stadtplanung</i>	24/SVV/0024 <b>überweisen in OBR Golm, SBWL</b>
8.38	Bebauungsplan Nr. 178 "Bahnhofsumfeld Golm", Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Bahnhofsumfeld Golm" (29/23) <i>Oberbürgermeister, FB Stadtplanung</i>	24/SVV/0025 <b>überweisen in OBR Golm, SBWL, KUM</b>
8.39	Aufhebung der Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 des Baugesetzbuchs für Grundstücke im östlichen Teilbereich des Bebauungsplans Nr. 157 "Neue Mitte Golm" sowie Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 des Baugesetzbuchs für Grundstücke im Bereich des Bebauungsplans Nr. 178 "Mitte Golm" <i>Oberbürgermeister, FB Stadtplanung</i>	24/SVV/0026 <b>überweisen in OBR Golm, SBWL</b>
8.40	Geschwindigkeitsbeschränkung in der Rudolf-Breitscheid Straße <i>Fraktion DIE aNDERE</i>	24/SVV/0032 <b>überweisen in KUM</b>
8.42	Verkehrsführung Erich Mendelsohn- Allee/ Ludwig Boltzmann- Straße <i>Fraktion SPD, Fraktion CDU</i>	24/SVV/0038 <b>überweisen in OS</b>
8.45	Barrierefreie Gestaltung von Kinderspielplätzen in Potsdam <i>Fraktion CDU</i>	24/SVV/0042 <b>überweisen in SBWL, GSWI</b>
8.46	Frischluff im öffentlichen Raum verbessern <i>Fraktion CDU</i>	24/SVV/0044 <b>überweisen in KUM</b>
8.48	Haltestelle Sozialpädiatrisches Zentrum (SPZ) <i>Fraktion CDU</i>	24/SVV/0047 <b>überweisen in KUM</b>
8.50	Verschwenkung des Fahrradwegs Babelsberger Straße gegenüber dem Nordausgang des Hauptbahnhofs <i>Fraktion Mitten in Potsdam</i>	24/SVV/0050 <b>überweisen in OS</b>

8.51 Konzept für eine demokratisch legitimierte Vertretung der Stadtteile in der Landeshauptstadt Potsdam  
*Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters* 24/SVV/0069  
**überweisen in  
PTD, HA**

**Mitteilungsvorlagen:**

10.1 Sponsoringbericht der Landeshauptstadt Potsdam 2021/2022  
*Oberbürgermeister, Antikorruptionsbeauftragter* 24/SVV/0008  
**überweisen in  
HA**

10.2 Novellierung des Konzepts Im Dialog mit dem Oberbürgermeister  
*Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters* 24/SVV/0028  
**überweisen in  
HA, PTD, alle  
OBR**

10.4 Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Menschen und Schutzsuchenden in der Landeshauptstadt Potsdam – Bilanz für das Jahr 2023 und Ausblick für das Jahr 2024  
24/SVV/0089  
**überweisen in  
GSWI**

11.3.1 Nachhaltiger Umgang mit ausrangierten Geräten, Möbeln und Bauelementen  
*Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service* 23/SVV/1401  
**überweisen in  
B/Sp. WA KIS,  
HA**

**nicht öffentlich:**

**neu Mitteilungsvorlage** 24/SV//0109  
SC Potsdam  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport  
**überweisen in  
HA**